

Die EU misst mit zweierlei Mass

Die EU behandelt die Katalonien-Krise als eine rein spanische Angelegenheit, interveniert aber in Polen wegen der Justizreform ungeniert. Diese Ungleichbehandlung leuchtet nicht ein, denn Werte sind unteilbar. Es wirkt, als wolle Brüssel an den Osteuropäern ein Exempel statuieren, während man im Fall von Madrid die Augen verschliesst. Von Eric Gujer

In Deutschland hat ein Mann im Gefängnis gesessen, der Europa noch beschäftigen wird. Man kann in Carles Puigdemont einen Freiheitshelden, ein Opfer der spanischen Justiz oder einen Aufführer sehen. Sein Fall ist ein Politikum und lässt sich nur politisch, nicht juristisch lösen. Die Regierung in Berlin tut allerdings so, als ginge sie Puigdemont nichts an. Sie überlässt den Entscheid über eine Auslieferung allein den Gerichten. Die europäische Führungsmacht führt nicht, sie drückt sich. Immerhin hat ein Gericht die vorläufige Freilassung gegen Kautionsleistung angeordnet, weil der Tatbestand der Rebellion nicht erfüllt ist.

Dem Klub der Drückeberger gehören nicht nur das Bundeskabinett, sondern auch die Regierungen der übrigen EU-Staaten und die Brüsseler Kommission an. Sie alle schauen angesichts der Kalamität der Katalanen angestrengt in eine andere Richtung und betrachten die Verfolgung und Inhaftierung von Mitgliedern der abgesetzten Regionalregierung als inner-spanische Angelegenheit. Die EU preist sich als eine Union neuen Typs an, in der die Bürger (also auch die Katalanen) unmittelbare Rechte haben. In der Spanien-Krise verhält sie sich jedoch wie ein klassischer Staatenbund, der allein die Rechte seiner Mitgliedsländer verteidigt.

Vollmundige Bekenntnisse

Man muss kein Freund der Sezessionsbestrebungen in Barcelona sein, um sich zu wundern. Bis anhin hielten wir Föderalismus, Subsidiarität und die Rechte nationaler Minderheiten für zum Kernbestand des europäischen Wertekanon zählende Prinzipien. Wo sie gefährdet waren, setzte sich die EU für Dialog und Verständigung ein. Das galt auch dann, wenn eine Seite wie jüngst die katalanischen Separatisten zu illegitimen Mitteln griff. Das Europa der Regionen, von dem Brüssel gerne schwärmt, ist jedenfalls nicht auf Haftbefehlen aufgebaut.

Man wundert sich angesichts der Gleichgültigkeit umso mehr, weil Europa im Osten einen anderen Massstab anlegt und Polen wegen seiner Justizreform mit Sanktionen bedroht. Hier schwingt sich die EU sehr wohl zur Verteidigerin der Rechte der polnischen Unionsbürger auf. Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Gewaltenteilung sind Werte, deren Geringschätzung niemand unberührt lassen darf. Aber das Ausmass der Ungleichbehandlung weckt dann doch Zweifel an der Rolle der EU-Kommission als neutrale «Hüterin der Verträge».

Es wirkt eher so, als wolle ein seiner eigenen Überlegenheit sehr gewisses Westeuropa dem Parvenü aus dem Osten eine Lektion erteilen und ihm beibringen, wie konservativ und national ein EU-Staat sein darf. Eine Union, aber sehr unterschiedliche Mentalitäten. So werden die berechtigten Bedenken wegen der Justizreform verknüpft mit einer Kürzung der EU-Subventionen. Das Druckmittel ist also zur Hand. Man scheint es auch unbedingt einsetzen zu wollen, denn in Brüssel und Strassburg heisst es, Korruption und mafiöse Strukturen in Ungarn und der Slowakei seien ebenfalls Gründe, um über Finanzsanktionen nachzudenken.

In Osteuropa sind die Selbstbereicherung der Eliten und die organisierte Kriminalität ein virulentes Problem, doch stellt sich auch hier die Frage, ob nicht mit unterschiedlichen Ellen gemessen wird. Schliesslich liesse sich genauso gut darüber philosophieren, weshalb in Süditalien so manches mit EU-Mitteln geförderte Projekt als Bauruine endet. Auch hat Athen seine Haushaltslage lange mit geradezu krimineller Energie verheimlicht, ohne dass deswegen Transferleistungen gekürzt worden wären.

Weshalb ist Brüssel also so erpicht darauf, an den Osteuropäern ein Exempel zu statuieren, während bei Spanien alle die Augen verschliessen? Die Frage führt hin zum Zustand der EU insgesamt. Dieser ist nicht gut, weshalb viel über eine deutsch-französische Initiative zur Wiederbelebung gesprochen wird. Es braucht keine hellseherischen Gaben, um zu prophezeien, dass eine solche Initiative am Ende bescheiden ausfallen wird. Zu uneins sind sich Paris und Berlin in wichtigen Punkten, als dass sie etwas Grosses bewerkstelligen könnten.

In diesem Vakuum wird Politik mit anderen – kleineren, aber dennoch wirksamen – Mitteln gemacht, etwa mit der Gleichgültigkeit bei Spanien und der Geschäftigkeit rund um Polen. Die EU hört auf, eine Gemeinschaft zu sein, deren Normen unteilbar sind. Stattdessen sind offenkundig manche Werte gleicher als andere. Eine kleine Gruppe von Akteuren glaubt festlegen zu können, welche Prinzipien in der Union oberste Priorität haben – und vor allem: wer über deren Anwendung oder eben Nichtanwendung entscheidet.

Deutschland lässt dies geschehen, obwohl die Verbindungen zu Polen und den anderen Ländern des Ostens eng sind. Berlin liess es allerdings auch zu, dass Brüssel Premierminister Cameron eine Abfuhr erteilte, als dieser vor der Brexit-Abstimmung Konzessionen bei der Freizügigkeit erwirken wollte, um so die Chance für einen Verbleib Grossbritanniens in der EU zu erhöhen. Dabei hätte es im deutschen Interesse gelegen, das marktwirtschaftlich und liberal denkende Königreich als Gegengewicht zu Frankreich in der Union zu halten. Auch mit Nichtstun macht man Politik – und Deutschland ist in dieser Disziplin ebenfalls Weltmeister.

Altbekannter Machtkampf

Polen hätte gegen Zugeständnisse an London rebelliert, weil es auf den freien Zugang zu den Arbeitsmärkten pocht, aber mit etwas Nachsicht bei der Justizreform hätte sich Warschau wohl besänftigen lassen. Das wäre Realpolitik gewesen, und diese ist allemal besser als militanter Idealismus. Denn ihre Willkürlichkeit war schon immer der Pferdefuss der Moral à la EU. Auch in der Vergangenheit kamen einzelne Mitgliedstaaten davon, wenn sie grundlegende Normen verletzen, nur weil sie gross oder wichtig waren. So konnte Frankreich jahrelang die Maastricht-Kriterien ignorieren.

Die Zurückhaltung, wie sie Brüssel gegenüber Paris an den Tag legte, hat durchaus ihren Sinn in einer so heterogenen Gemeinschaft wie der EU. Nur sollte diese kluge Selbstbescheidung für alle gelten, während heute der Brüsseler Werte-Interventionismus die einen trifft und die anderen verschont. Ohnehin kann niemand anders als die Spanier und Katalanen selbst einen Modus Vivendi finden, so wie auch Polen und die Ungarn selbst entscheiden müssen, ob sie die autoritäre Demokratie eines Jaroslaw Kaczynski oder Viktor Orban auf Dauer ertragen wollen. Sie werden sich auf jeden Fall nicht zu ihrem Glück zwingen lassen.

Das offizielle Europa kann nur Hilfestellung geben und dosierten Druck ausüben. Das sollte es auch tun. Schliesslich müssen sich Madrid, Warschau oder Budapest als Mitglieder der EU, der sie nun einmal beigetreten sind, mit der Kritik auseinandersetzen. Allerdings braucht es dabei Unparteilichkeit, Augenmass und das Bewusstsein, dass die EU ein Zwitterwesen ist: halb Gemeinschaft von 500 Millionen Bürgern, halb Bund souveräner Staaten. Dieser prekäre Status setzt dem Aktionsradius der Kommission Grenzen. Vor allem kann sich die Union nicht in einem Fall als Staatenbund und dann wieder als europäischer Einheitsstaat gerieren.

Werte sind Waffen, die eine verheerende Wirkung entfalten können, sofern sie unbedacht eingesetzt werden. Wenn die Kommission den Osteuropäern in einem Ton entgegentritt, in dem einst ein ostelbischer Junker mit seinen Hintersassen geredet haben mag, erreicht sie just das Gegenteil des Erwünschten: Verhärtungen und in den betroffenen Ländern eine Welle der Solidarisierung mit den Regierungen.

Zudem weckt die Kommission damit nur den Verdacht, dass es ihr eigentlich um etwas ganz anderes geht. Da die Integration nicht mehr vorankommt und gerade Paris und Berlin seit der Euro-Krise eine stramm nationalstaatliche Haltung an den Tag legen, interpretiert die EU-Bürokratie ihre Rolle politisch. Sie forciert die Integration durch die Hintertür, indem sie durch die von ihr gesetzten Standards die Konvergenz in Europa fördert und sich selbst die Position einer «Hüterin der europäischen Demokratie» zuschanzt. Das ist der altbekannte Machtkampf zwischen Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten, nur im Gewand von «Werten». Solche Zwängerei wird fehlschlagen. Die Demokratie geht vom Volk aus – nicht von Brüssel.